

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meesche'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ab 1000 Zeichen für 1000...
Bei größeren Aufträgen...
Bei Tarifveränderungen...
Für telefonische Aufträge...
Zurückzahlung...

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ab 1000 Zeichen für 1000...
Bei größeren Aufträgen...
Bei Tarifveränderungen...
Für telefonische Aufträge...
Zurückzahlung...

№ 158

Neuenbürg, Dienstag, den 10. Juli 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Eine Wenderung des Forststrafgesetzes.

Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes zur Wenderung des Forststrafgesetzes fertiggestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. Als Forstdiebstahl gilt bisher der in einem Wald verübte Diebstahl von Holz und anderen Waldprodukten, falls der Wert des Entwendeten 200 Mark nicht übersteigt, während bei einem höheren Wertbetrag die Tat als Diebstahl nach § 242 des Strafgesetzbuches zu bestrafen ist. Hier soll der Geldentwertungsmaßstab auf die Bestimmung einer Wertgrenze verzichtet werden, so daß künftig die Entwendung von Holz usw. im Wald grundsätzlich als Forstdiebstahl zu bestrafen wäre. Gleiches soll die Wertgrenze der nach dem Forststrafgesetz zu bestrahenden Forstschädigung von den bisherigen 200 Mark in der Höhe ausgedehnt werden, daß auf Forstschädigungen jeder Art eine Bestimmung einer zahlenmäßigen Grenze des Forstschadens nicht anzuwenden ist, wenn nur ein unbedeutender Schaden entstanden ist und nur ein solcher beabsichtigt war.

Bestimmung des Arbeitsministers im Metallarbeiterstreik.

Berlin, 9. Juli. Im Metallarbeiterstreik hat nun doch das Reichsministerium vermittelnd eingegriffen. Dr. Brauns hat die Parteien angeregt, zu Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsministers zusammenzutreten, und hat hierfür schon am heutigen Tag in Aussicht genommen. Die Streikleitung und der Verband der Berliner Metallindustriellen werden der Anweisung nachkommen. Der Schritt des Arbeitsministers ist auf Grund einer Unterredung erfolgt, die Dr. Brauns am Samstag mit dem Vorsitzenden der Streikleitung gehabt hatte.

Die Wahrheit über unsere Reparationsleistungen. 26 Milliarden Goldmark bezahlt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wies Staatssekretär Dr. Schröder dem Reichstagsministerium irreführende Aussagen des früheren Präsidenten der Reparationskommission, Dubois, zurück. Dubois hatte behauptet, daß Deutschland infolge der Reparationsleistungen 26 Milliarden Goldmark geleistet habe. Demgegenüber stellte Staatssekretär Dr. Schröder fest, daß die Reparationsleistungen im ganzen auf 11,7 Milliarden Goldmark betragen. Die Reparationskommission hat sich aber nach ihrem eigenen Schandenspiegel nicht annähernd mit allen deutschen Reparationsleistungen und Lieferungen, die als Reparationsleistung anzuzählen sind, beschäftigt, und es ist daher über die deutschen Reparationsleistungen noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die von Deutschland beanspruchten Entschädigungen belaufen sich auf rund 20 Milliarden Goldmark. Dabei ist bei der Berechnung nicht der viel höhere Markwert der Wert der Leistungen zu berücksichtigen, sondern die Zwangspreise des Berliner Vertrags, die heute geltend gemacht werden. Weiter kommen zu diesen 11,7 Milliarden noch 11,7 Milliarden zu unmittelbarer Entschädigung für Schäden an dem Wert des liquidierten deutschen Eigentums in Rußland und schließlich noch 3,7 Milliarden an dem Wert der Staatsobligationen in den abgetretenen Gebieten, aus dem Ausland überfahren und aus Entschädigung und Rücklieferungen. — Dubois ist also weit von der Wahrheit abgewichen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Einbringung des Kautschukgesetzes. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen, um die Folgen fremder Einwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben im Wege der Entschädigung auszugleichen. Die Lage wird in zweiter Lesung angenommen. Das deutsch-französiche Abkommen über die Zusammenlegung der Reichsbank im internationalen Verkehr wird in dritter Lesung angenommen. Angenommen wird der Gesetzesentwurf über den Notenumlauf der Privatbanken. Danach werden die Beträge für das Notenausgaberecht der Bayerischen Bank in München und der Sächsischen Bank in Dresden auf 200 Millionen der Würt. Notenbank in Stuttgart und der Sächsischen Bank in Mannheim auf 100 Millionen festgelegt. Die Regierung wird ermächtigt, gegebenenfalls weitere Erleichterungen vorzunehmen. In zweiter und dritter Lesung angenommen wird eine Wenderung des Gesetzes über die Privatversicherungsunternehmen. Es handelt sich um weitestgehend eine Anpassung an die Geldentwertung und um Maßnahmen zur Abhilfe der finanziellen Notlage der Versicherungsunternehmen. Endgültig verabschiedet wird auch ein Gesetz zur Wenderung und Ergänzung des Hypothekendarlehengesetzes, wodurch den Banken das Recht gegeben wird, über das bisherige Maß hinaus Hypothekendarlehen auszugeben. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Wiedereinstellung und Kündigungsbefreiung von Wehrdienst und Einbürgerung wird ein Zentrumsvorschlag, der die Beamtenämter aus dem Gesetz herauszunehmen will, angenommen. Darauf wird auch das ganze Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident Loeb stellt fest, daß der Reichstag durch die Annahme dieses Gesetzes den Wünschen des Ruhrgebietes entgegenkommt, daß er ihnen nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat helfen wolle, um ihre Lasten zu mildern. Ohne wesentliche Aussprache wird dann ein Gesetzesentwurf über Wenderungen in der Reichsversicherungsordnung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Angenommen in dritter Lesung wird auch das Kautschukgesetz. Ebenfalls angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag zur Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge, der die Unterstützung bis auf drei Tage abzurufen will. In gemeinsamer Beratung gestellt werden dann ein sozialdemokratischer Gesetzesentwurf zum Schutz der Währung, der den Ankauf fremder Zahlungsmittel der Edelmetalle ohne berechtigten wirtschaftlichen Bedarf unter schweren Strafen stellen will, ferner ein sozialdemokratischer Antrag über die Wertbeständigkeit der Währung, der die Währung auf Grund eines Lohnindex verknüpft und ein Antrag Marx (B.), der ebenfalls die Anpassung der Gehäl-

ter und Löhne an die Geldentwertung fordert, aber die Einzelheiten des Anpassungsverfahrens der Einigung zwischen den Vertragspartei überlassen will. Nach eingehender Debatte, an der sich außer den Vertretern der Fraktionen, auch die Minister Dr. Hermes und Dr. Brauns in grundsätzlicher Zustimmung Sinne äußern, geht der sozialdemokratische Gesetzesentwurf zum Schutz der Währung an den Rechtsausschuß. Der sozialdemokratische Antrag, über die Wertbeständigkeit der Währung wird der Reichsregierung zu weiteren Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen überlassen. Der Antrag Marx wird angenommen, ebenso der Teil des sozialdemokratischen Antrags, wonach Aufträge des Reiches nur an solche Firmen zu vergeben sind, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeführt haben. Die übrigen Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt. Der Präsident erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen. Präsident Loeb gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Not des besetzten Gebietes bald ein Ende finden möge, und daß dem tapferen Kampf im Westen ein Erfolg beschieden sein möchte. (Beifall.)

Landtagswahlen in Westfalen-Streit.

Berlin, 9. Juli. Die gestrigen Landtagswahlen in Westfalen haben ein Ergebnis gehabt, das sorgenden Beobachtern der Volkswirtschaften keineswegs unerwartet kommt. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke tragen den Erfolg davon. Nach dem vorläufigen Ergebnis haben erhalten: die Deutschen Nationalen 12 915, die Deutschvölkischen, die zum ersten Male mit einer eigenen Liste auf dem Plan erschienen waren, 5678, die Deutsche Volkspartei 2988, die Kommunisten 10 855, während bei der letzten Wahl die Unabhängigen nur 2256 Stimmen erhalten hatten, die Sozialdemokraten, die bei der letzten Wahl über 23 000 Stimmen auf sich vereinigten hatten, nur 12 841. Die neugebildete bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, die aus Demokraten, den Handwerkern und Wirtschaftskräften, sowie einem Teil der Deutschen Volkspartei besteht, sammelte um ihre Fahnen nur 777 Stimmen, der Bund der Landwirte erhielt 263 Stimmen. Unter den gewählten Deutschvölkischen befindet sich der frühere Minister v. Waldow.

Frei und unerschrocken wie nur ein Franzmann sein kann.

Ein Ruherbeispiel französischer Freiheit und Unerschrockenheit bietet ein Schreiben, das Herr v. Kieffenthal in Berlin jüngst. Darin heißt es in würdevoller deutscher Uebersetzung: Da unsere Jagden unglücklicherweise entvölkert sind durch den Krieg und die Wildbiber, wollen wir lebendes Wild aus Deutschland kommen lassen, trotz der Abseignung, welche viele meiner Freunde empfinden, um in direkte Verbindung mit einem Deutschen zu treten, und ich habe also das Vergnügen, Ihnen mitzutheilen, daß Sie der erste Deutsche sein werden, welcher gemächtigt sein wird, uns Wild zu liefern. Natürlich verheißt ich nicht darüber, daß unsere Beziehungen mehr als offizielle sein werden, denn der Vertrag unterliegt jedem Gentleman, einem Boche unter seine Freunde zu zählen. Es ist indessen möglich, daß man nach und nach einige Änderungen in diesen Zustand bringen kann. Kurz, ich bitte Sie also, mir sofort nach Empfang meiner Zeilen zu schreiben, welche Sorten von Wild Sie uns liefern können. Bedenken Sie: Hain, Hasen, Enten, Rebbe, Dorsch! Außerdem können Sie mir einige gute Jagdhunde vorzuschlagen, zum Beispiel: Vorkühn, es könnte möglich sein, daß ich hiervon einige Ruher verlangen würde. Der Preis wird in deutschem Gelde bezahlt durch Freunde, welche wir in Deutschland haben, und welche auch das Wild vor seiner Abreise begutachten werden. Natürlich bitte ich Sie, mir auf Französisch zu schreiben, denn ich verstehe nicht, deutsche Briefe in meinem Vater zu lesen. Außerdem mache ich Ihnen folgenden Vorschlag: Senden Sie mir jeden ersten des Monats einen Bericht über alles, was die Jagd in Deutschland betrifft (Ort der Wild, Erfindungen usw.), Sie verstehen. Als Gehalt werden Sie durch die „Darmstädter Nationalbank“ in Berlin (folgt Summe) von mir erhalten, aber die Berichte müssen in jedem Punkt zufriedenstellend sein. — Mit diesem Versuch, gegen hohe Bezahlung Verträge über die jagdbaren Verhältnisse in Deutschland zu erhalten, hat die Herren bei dem deutschen Waldmann Oberst v. Kieffenthal freilich an den Unrechten gekommen.

Ausland.

Genf, 7. Juli. Der Völkerbund hat zur Saarfrage eine Entschließung angenommen, welche die Saar-Regierung best, aber auf Beilegung der fremden Garnisonen hinweist.

Falschmeldungen über ein angebliches deutsches Angebot.

Paris, 6. Juli. Hier wird eine Mitteilung des englischen Blattes „New of the World“ bekannt, wonach Deutschland ein Angebot vordereitet habe, das entweder allen Verbündeten oder nur Frankreich allein zugestimmt werden solle. Das Angebot würde die sofortige Bezahlung von fünf und dreihundert Milliarden Goldmark an Frankreich in Aussicht stellen. Die Nachricht wird hier in Paris mit begrifflichem Mißtrauen aufgenommen.

Berlin, 9. Juli. Der Zweifel, den man in Paris der englischen Blättermeldung über ein angebliches deutsches Angebot entgegenstellt, ist durchaus begründet. Wie der Telegraphen-Union von zehnjähriger Stelle berichtet wird, kann von einem derartigen Angebot keine Rede sein.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 8. Juli. Am letzten Freitag hielt der Bezirkswohlfahrtsverein Neuenbürg seine jährliche Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung war namentlich auch von Frauen gut besucht, im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wäre aber eine regere Teilnahme von Vertretern aus den Bezirksorten erwünscht gewesen. An Stelle von Dekan Dr. Meierlin, der wegen harter Ausdehnung der Vereinsaktivität im Dezember 1922 die Leitung des Vereins abgegeben hat, eröffnete der vorläufige Vorsitzende des

Vorstands, Oberamtmann Wagner, die Versammlung mit herzlichem Worten der Begrüßung, insbesondere begrüßt er die Vertreterin des evang. Frauenbundes, Fräulein Kern, und den Vertreter der Zentralleitung für Wohltätigkeit, Regierungsrat Malländer aus Stuttgart. Anschließend erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, aus dem wir folgende Punkte besonders hervorheben: Der Bezirkswohlfahrtsverein, der in den Notzeiten vor mehr als hundert Jahren gegründet worden ist, ist auch in unseren jetzt wieder herrschenden Notden vorwiegend heruhen, den Armen des Bezirks helfend und lindernd an die Hand zu gehen. Der Kreis der Menschen, die infolge der Umwertung aller Werte langsam verhungern, wird täglich größer. Dem kann gekämpft werden, wenn die Volksgemeinde, die dazu in der Lage sind, ihre Pflichten der Nächstenliebe erfüllen. Das Bewußtsein, diese Pflichten zu wecken und zu fördern, haben sich die Zentralleitung und die Bezirkswohlfahrtsvereine im abgelaufenen Berichtsjahr besonders angelegen sein lassen. Die eingeleiteten Sammlungen zur Unterstützung aller erwerbsfähiger Personen, denen die Zeit die Existenzmittel genommen sind, in dem Hilfswerk „Heimathilfe“ zusammengefaßt worden. Die Ergebnisse dieses Hilfswerks werden wir in einem besonderen Bericht darstellen. Eine sehr große Zahl bedürftiger Personen unseres Bezirks konnte aus dieser Sammlung mit wirkungsvollen Beihilfen unterstützt werden. Eine erhebliche Entlastung der Heimathilfe brachte das Reichsgesetz zur Unterstützung der Kleinrentner. Aus der Erläuterung durch den Vorsitzenden war zu entnehmen, daß nach diesem Gesetz diejenigen Personen zu unterstützen sind, deren Unterhalt durch eigene oder fremde Vorzüge ohne die Geldentwertung oder sonstige Kriegsfolgen gehindert und die nicht auf öffentliche Hilfe angewiesen gewesen wären. Es ist also Voraussetzung, daß schon vor dem Kriege ein gewisses Mindestkommen gewährleistet war. Durch Abschluß von Verträgen mit den Landesverbänden der Ärzte und Apotheker gemessen die Kleinrentner und Angehörigen der Heimathilfe bedeutende Vergünstigungen. An den Aufwendungen übernimmt die Kleinrentnerfürsorge oder die Heimathilfe in der Regel zwei Drittel und bei besonderer Bedürftigkeit wird der Aufwand ganz getragen. Die im Laufe des letzten Geschäftsjahres durch brisantes Entgegenkommen des Bezirksrats geschaffene Geschäftsstelle, welcher Verwaltungssachverständiger Kienle vorsteht, stellt die zur Behandlung erforderlichen Kräfte dar. Es wäre zu wünschen, daß von dieser wohltätigen Einrichtung ein härterer Gebrauch als bisher gemacht wird und daß die Gemeindebehörden zur Behebung der Notstände und Förderung der Gesundheit im allgemeinen Volksinteresse die in den Kreis der Fürsorge fallenden Personen auf die Einrichtung aufmerksam machen. Der Vorstand, der im letzten Jahr durch Zuwahl von weiteren in der Fürsorge erfahrenen Herren erweitert worden, erledigte in mehreren Sitzungen zahlreiche Unterstützungsangelegenheiten. Die übrigen laufenden Geschäfte besorgte in der Hauptsache der Vorsitzende mit der Geschäftsstelle. Um die beträchtlichen Geldmittel zu beschaffen, die zur Unterstützung bedürftiger Bezirkswohlfahrtsvereine nötig sind, wurden die Gemeinden des Bezirks ersucht, ihre laufenden Beiträge zu erhöhen. Beso wurde versucht, neue Einzelmitglieder mit regelmäßigen Beitragsleistungen zu gewinnen. Die Verluste waren in zahlreichen Gemeinden von gutem Erfolg begleitet, während in einzelnen Gemeinden wenig Sinn für die gute Sache vorhanden zu sein scheint. Es wäre auch zu wünschen, daß die Beiträge der Geldentwertung angepaßt würden.

Anschließend an den Geschäftsbericht erstattete Ratier Koblert den Jahresbericht. Die Einnahmen betragen vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 (einschließlich) 9 041 334 Mk., die Ausgaben 8 655 307 Mk. Die Rechnung für 1923-24 wurde vorgelegt, nachdem die vorgeschriebene Prüfung stattgefunden hatte. Dem Rechnung wurde Entlastung erteilt.

Die ursprünglich vom Bezirkswohlfahrtsverein angestellte Bezirksfürsorgeinrichterin wurde bei seiner Errichtung vom Jugendamt übernommen. Wegen der Rückgabe oder Vergütung der Ausstattunggegenstände der Schwöcher Erhebungen angestellt und Gleichstellung mit der Handhabung im Bezirk Calw hergestellt werden. In der Aussprache stellt Ratier Wagner Schwann die Anfrage, warum an Stelle der erwarteten Kinderferienkinder aus unbefestigten Gebieten zugewandert worden sind. Verschiedene Redner schloßen sich dieser Frage an und äußern in diesem Zusammenhang, daß die Organisation der Kinderunterbringung sehr viel zu wünschen übrig lasse. Sowohl die Auswahl der Pflegsstellen, als auch die mangelhafte unfreundliche Benachrichtigung der örtlichen Organe von der Ankunft der Kinder durch das Jugendamt Calw wurde kritisiert. Der Vorsitzende erwidert, daß der Verein lediglich die Anmeldung der Pflegsstellen entgegen genommen habe, im übrigen aber von der weiteren Behandlung der Sache nichts mehr hörte, was er gleichfalls mißbilligt. Regierungsrat Malländer verspricht, den Beschwerden nachzugehen und den Verein zu denachrichtigen. Inzwischen kam in Entzler vom Samstag eine Erklärung, weshalb an Stelle von Kinderferienkinder Pflegsstellen geschickt wurden, deren Bezeichnung man sich nicht ganz wieder verschließen können.

Der weitere Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden, fand seine Erledigung durch die auf Vorschlag von Dekan Dr. Meierlin erfolgte einstimmige Wahl von Oberamtmann Wagner, der die Wahl dankend annahm und versicherte, die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben des Vereins mit seiner ganzen Kraft anzustreben, ferner dem bisherigen Vorsitzenden, Dekan Dr. Meierlin, herzlich für seine dem Verein geleisteten außerordentlich erproblichen Dienste danke.

Anschließend hielt Regierungsrat Malländer einen einstündigen Vortrag über die Aufgaben der Bezirkswohlfahrtsvereine, die Vorgesetzten der freien im Gegenfag zur behördlichen Wohltätigkeit, die Einrichtungen der Zentralleitung und über die Einführung von Heimarbeit für ältere, in der Erwerbs-



fähigkeit beschränkte Personen. In Stuttgart sei für diese Personenkreise schon weitgehend Heimarbeitgelegenheit geschaffen, von der reichlich Gebrauch gemacht werde. Wenn in unserem Bezirk die Anmeldungen nicht so zahlreich seien, so sei das, wie die Erfahrung zeige, kein Beweis dafür, daß kein Bedürfnis für Heimarbeit bestehe. Die in Frage kommenden Kreise wagen vielleicht nicht, um Heimarbeit zu bitten, sie wollen ihre Notlage nicht wissen lassen und erst zusehen, wie die Organisation sich entwickle. Es sei notwendig, Heimarbeitgelegenheit in allen Bezirken zu schaffen. In erster Linie kommen Strick-, Näh- und Häutelarbeiten in Betracht. Die Entlohnung erfolgt dem Stück nach. Die Zentralleitung wolle für Beschaffung der Materialien und für angemessene Löhne sorgen. Ohne Ueberwachung der Arbeiten gebe es aber nicht, weil erfahrungsgemäß viele minderwertige Arbeiten geliefert werden. Die Vereinigung der Heimarbeiterrinnen in Näh- und Strickstuben habe sich als sehr zweckmäßig erwiesen, weil da die Anleitung und Ueberwachung am leichtesten möglich sei u. damit sehr wohlthätige Nebenwege verbunden werden können, wie Heizung, Belüftung, billiges Essen, gefälliges beisammensein und Anregungen aller Art. Durch die Arbeit können sich die alten Leute ein nennenswertes Einkommen neben den laufenden Unterstützungen verschaffen. Im übrigen, so schloß der Redner seine vielseitigen, außerordentlich anregenden und aus der Praxis geschöpften Ausführungen, dürfe nicht alle Hilfe vom Reich und Staat erwartet werden, die private Fürsorge sei unentbehrlich. Die Städte müssen einsehen, daß sie sich gegenseitig helfen müssen. Geeignete Personen sollen zur praktischen Mitarbeit, nicht bloß zur Mitarbeit in den Ausschüssen, herangezogen werden. Sie sollen verbältnismäßige Röhrlöhne mit den bedürftigen Volksgenossen nehmen, damit sie in der Lage sind, die geeigneten Vorschläge für eine wirkliche Hilfe zu machen. Der Vorsitzende stieß dem Redner den herzlichsten Dank der Versammlung ab. In der Aussprache über die Schwierigkeiten der Einführung der Heimarbeit, der Abnahme und des Ablasses zum Ausdruck. Die Aussprache schloß sich folgendes Ergebnis: Die lokalen Organisationen beschaffen sich von der Zentralleitung die Materialien für die Heimarbeit, vor allem Garn, und richten erforderlichenfalls Strickstuben ein. Personen, die für gute Leistungen Gewähr bieten, kann die Arbeit nach Hause gegeben werden. Der Ablass der Erzeugnisse erfolgt womöglich an Ort und Stelle. Die Mittel für Materialbeschaffung stellen der Bezirkswohlthätigkeitsverein und die Zentralleitung zur Verfügung. Im Interesse der notleidenden Kreise wäre zu wünschen, daß die Arbeiten bald aufgenommen werden könnten.

Regierungsrat Ralländer weist noch auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln und deren verlässliche Abgabe an die notleidenden Kreise hin. Oberamtspleger Käßler bemerkt dazu, daß der Kommunalverband im Laufe des Jahres 1500 Tonnern Ausgabenschein beschafft und den Gemeinden für minderbemittelte Personen zu einem sehr billigen Preis abgegeben habe. Er bestätigt aber auch die von anderer Seite dargelegten Schwierigkeiten in der Verteilung der Lebensmittel. Schon die Verladung an unsere, meistens nicht an der Bahn gelegenen Gemeinden ist sehr erschwert und kostspielig. Nachdem noch die Einrichtung einer Verkaufs- oder wenigstens Verkaufvermittlungsstelle zur Verwertung entbehrlicher Einrichtungen- und Wertgegenstände für Angehörige des notleidenden Mittelstandes besprochen worden, wozu Regierungsrat Ralländer wertvolle Vorschläge machte, schloß der Vorsitzende mit dem Danke an die erschienenen Mitglieder und Freunde des Bezirkswohlthätigkeitsvereins die Versammlung.

Württemberg.

Freudenstadt, 9. Juli. (Zum Ausbau der Murgalbahn.) Seit Jahresfrist bemühen sich die badischen und württembergischen Interessensvertretungen für Holzhandel, Waldbesitz usw. um den beschleunigten Ausbau der Bahn zwischen Klosterreichenbach und Reumünzach. Das Reichsverkehrsministerium hat den Vorschlag gemacht, die Interessenten, Waldbesitzer, und Holzindustriellen sollen weitere größere Zuschüsse etwa in Form von Holzskontingenzen zu diesem Zweck beisteuern. Nun ist bei uns auf württ. Gebiet der württ. Staat der Hauptwaldbesitzer, also der erste Interessent an dieser Sache. Die Forstdirektion, das Finanzministerium und der Finanzausschuß des Landtags haben aber erklärt, sie seien nicht in der Lage, für diesen Zweck weitere Zuschüsse zu gewähren und das hat zur Folge, daß auch die privaten Interessenten nicht hierfür zu gewinnen sind. So sind nun diese Verhandlungen wieder auf einem toten Punkt angelangt.

Stuttgart, 9. Juli. (Heimlos.) Am Samstag nachmittag kamen 49 Familien vertriebener Eisenbahner aus Rheinheffen hier an. Sie wurden von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, vom Roten Kreuz und der Presse, sowie von einer Militärkapelle warmherzig empfangen. In überaus gedrückter Stimmung entzogen die Heimlosen dem Zuge, die Männer ernst und gefaßt, die Frauen und Kinder verflümmert und vielfach weinend. Es war, als ob die Klänge der Nacht am Rhein, die ihnen entgegenbrausten, ihnen den ganzen Jammer ihrer Lage in Erinnerung brächten. Von der alten Großmutter bis herunter zum Säugling, vom Greis bis zum strammen jungen Familienvater waren alle Altersstufen vertreten. Die Kinder trugen ihren Schulranzen als Kuckuck. Die Leute sahen zum Teil schlecht ernährt aus und hatten sämtlich einen hilfeschreienden Ausdruck in den Augen; entwürzelt! Aber daß sie nicht entwürzelt sind, bewies ihnen bald die herzlichste Aufnahme durch die Ansprachen des Präsidenten der Reichsbahndirektion Stuttgart, v. Siegel, die besonders eindringlichen Worte des Ministerialrats Schmutzer, und die Begrüßung durch Bau- rat Morasch. Die Bewirtung war offenbar mehr als willkommen. Der Dank der Vertriebenen war aufrichtig und herzlich.

Stuttgart, 9. Juli. (Eingreifen der Wachepolizei auf dem Obstmarkt.) Durch das Eingreifen des Wacheamts konnten am Samstag, wie die Schwab. Tagwacht schreibt, die Kirckenpreise auf dem Obstgroßmarkt am Schillerplatz in Stuttgart nicht weiter gesteigert, sondern fühlbar gedrückt werden. Zunächst wurde die Nichtüberschreitung eines festgesetzten Angemessenheitspreises von 4500 Mark im Großhandel und 5500 Mark im Kleinhandel für je ein Pfund Kircken ausreichend überwacht. Infolge des Zurückhaltens spekulativer Käufer sanken die Preise dann bis zu 3500 Mark das Pfund. Sehr schöne Kircken waren am Ende des Marktes im Großhandel für 4000 M. das Pfund ohne Nähe zu laufen. Preislinge, Himbeeren und Heidelbeeren waren für 7000 M. das Pfund reichlich zu haben, weil die Käufer nach den billigeren Kirckenleiben zogen.

Johannis- und Stachelbeeren waren reichlich vorhanden, aber weniger begehrt. Preis 3900 bis 4000 Mark.

Nordheim O.A. Bradenheim, 9. Juli. (Tödlcher Sturz.) Der Bauer und Weingärtner Friedrich Eckert wollte Heu von der Scheune oder der Tenne abwerfen. Er brach durch und fiel so unglücklich auf den im Schrämenten stehenden Wagen, daß er einen tödlichen Schädelbruch davontrug. Er hinterläßt eine Witwe und drei unmündige Kinder.

Heilbronn, 9. Juli. (Selbstmord.) Am Samstag Abend 9 Uhr verübte der versch. 60 Jahre alte Gärtner Leonhard Wenger durch Ertrinken Selbstmord. Dieser war infolge eines früher erlittenen Unfalles nicht mehr voll erwerbsfähig und als Gärtner bei der Familie Kämelin am Rechenberg beschäftigt. Als er am letzten Samstag seinen Wochenlohn von 60000 Mark und freier Kost bekam, erachtete ihm dieser als zu niedrig. Nach Rücksprache mit seiner Frau kehrte er in die Villa Kämelin zurück und forderte eine Nachzahlung. Eine solche wurde ihm auch für Montag in Aussicht gestellt. Weil er diese nicht sofort erhielt, geriet er in starke Erregung, in der er sich auf der Stelle im Esszimmer der Villa mit einem Gartenmesser einen Stich ins Herz versetzte. Der Tod trat alsbald ein.

Sonfeld O.A. Heilbronn, 9. Juli. (Großer Diebstahl.) Dem Drechselmaschinenbesitzer von Hausen wurden auf dem Drechselplatz, wo er seine Maschine betriebsfertig für die kommende Ernte richtete, in der Nacht von der Lokomotive weg alle Messinghahnen, Messingblech, Dampfpeise usw. gestohlen. Am Drechselwagen wurde die breite Riemenscheibe abgeschraubt und mitgenommen. Eine weitere abgeschraubte Riemenscheibe blieb in der Nähe des Platzes liegen. Eine kleinere Riemenscheibe wurde gleichfalls mitgenommen, außerdem noch weitere Messingteile, teils abgeschraubt, teils weggeschlagen. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Tübingen, 9. Juli. (Der Dondorfer Brudermord vor dem Schwurgericht.) Der letzte Fall in dieser Schwurgerichtsperiode betraf die Anklagesache gegen die 23jährige ledige Bauertochter Marie Regreiß von Dondorf O.A. Herrenberg und ihren 20jährigen Bruder Gottlob. Sie sind wegen Diebstahls und Kindsmord vorbestraft. Der Vater, ein Säuser, wollte 1900 die damals sechsköpfige Familie aus der Welt schaffen, wurde aber durch Nachbarn daran verhindert. Er endete 1915 durch Selbstmord. Sein ältester Sohn Johannes ergab sich ebenfalls dem Trank und der Unzucht. Seine 62jährige Mutter jagte er aus dem Bett, und einmal traktierte er sie mit einem Stuhl und den Angeklagten Gottlob mit dem hölzernen Teil einer Klospfeife. Ferner schlug er den 14jährigen Neffen Eugen Regreiß so unbarbarisch, daß er nur durch eine Operation in der chirurgischen Klinik in Tübingen am Leben erhalten blieb und seine Sprache wieder erregnet wurde. Die Angeklagten sind beschuldigt, am 16. Mai d. J. diese Sorte von Trank vorzüglich und mit Ueberlegung getrunken zu haben. Beide Angeklagten bestreiten jegliche Tötungsabsicht mit Ueberlegung und machen große Erregung und Notwehr geltend. Johannes bedrohte sie mit dem Revolver und mit Kopfschlägen, er schlug mit der Art um sich und schrie: Ich mache euch noch alle hin! Die Geschwister beschloßen daher, dem Johannes bei passender Gelegenheit auch eine Tracht Prügel zu verabreichen, damit er auch ein Denkfettel habe. Schließlich kam es auch einmal zu einer Kauferei, bei der die beiden den Bruder umbrachten. Die Geschworenen bejahten nur die Frage nach Totschlag und vernichteten die Frage nach Jubelung milderer Umstände. Das Gericht erkannte gegen die Marie Regreiß auf eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren und gegen den Gottlob Regreiß auf eine Gesamtzuchthausstrafe von 5 Jahren 6 Monaten und eine Woche.

Reussen, 9. Juli. (Schamlose Preistreiber.) Dieser Tage kostete ein Pfund Kircken im Tale 2000 Mark. Da erschien ein auch sonst unter ähnlichen Verhältnissen schon geübter Händler, von dem niemand weiß, wohin er seine zusammengekauften Ware verbringt und bot jedem 3000 M. Befammllich treiben sich in unserem Land auch Eierkaufherum, die alle Preise überbieten, um mit den Franzosen im besetzten Gebiet ihr schamloses Geschäft zu machen.

Gmünd, 9. Juli. (Tödlcher Unfall.) Der 25 Jahre alte Metallarbeiter Eugen Vessler von hier, der in Feuerbach in Arbeit stand, hielt sich auf der Plattform eines Eisenbahnwagens auf, machte dort turnerische Übungen, kam zwischen den Haltstellen Rummelshausen und Weinstein zu Fall und stürzte kopfüber vom Zug. Er blieb mit den Füßen hängen und wurde gefesselt, bis nach Riechen der Notleine der Zug zum Stehen kam. Man fand nur noch eine schrecklich verstümmelte Leiche vor.

Rebblingen, 9. Juli. (Lebensrettung.) Ein des Schwimmens unkundiger, 11jähriger Schüler geriet beim Baden in der Donau in eine Untiefe und sank unter. Ein 12jähriger Gymnasiast konnte den Bewußtlosen ans Ufer bringen, wo die Wiederbelebungsvorprobe von Erfolg waren. Derselbe Schüler hat auch letztes Jahr ein Kind vom Tod des Ertrinkens gerettet.

Ravensburg, 9. Juli. (Eine wilde Jagd.) Gestern nachmittag wurde hier ein Fremder verhaftet, der mehrere Kilo Butter, die offenbar gestohlen sind, zum Verkauf anbot. Vor dem Eingang der Polizeiwache nahm der Verhaftete Reißaus, wurde aber von einem Schutzmännchen, der ihn auf einem Rade verfolgte, wieder eingeholt. Erschöpft durch diesen Wettlauf, aber voll des Humors, gab er der Polizei zur Antwort, daß er nur die hiesige Polizei einmal in Bewegung setzen wollte. Der Verhaftete weigerte sich, seinen Namen zu nennen und wurde in Gewahrsam gehalten.

Heidenheim, 9. Juli. (Vom Rathaus.) Nach einem Vortrag der Oberamtspartasse und der Stadtgemeinde gewährt erstere der letzteren einen laufenden Kredit von 500 Millionen Mark. Für die städtische Volksbibliothek werden vom Gemeinderat 500000 Mark bewilligt. Die Bromnadenkonzerte kosten für den Sommer 2 Millionen Mark. Die Gebühren für das städt. Volksbad werden festgesetzt auf 2000

Mark für ein Schwimmbad, 500 M. für Kinder, 200 M. für Schüler bei Klassenweisen Besuch, 4500 Mark für ein Bannbad 1. Kl., 3000 Mark für ein solches 2. Kl.

Su den Fleischpreisen

schreibt die „Landw. Korrespondenz“: Man macht für die eingetretene Preissteigerung den Landwirt in vollem Umfang verantwortlich. Niemand will dabei an den Produktionskosten seit dem 1. Juli denken und an die alles beherrschende Geldwertung. Niemand hat bisher auch nur versucht festzustellen, was der Erzeuger erhalten hat für ein Stück Vieh, das nicht teuer auf dem Stuttgarter Schlachtwiehmärkte für ihn abgesetzt worden ist. Niemand berücksichtigt auch den Umstand, daß seit dem 1. Juli der Umsatz mit Schlachtwieh im Inland umgekehrt der Fall ist, sich mindernden Leistungsabgabe der Konsumenten gemessen herbeigeführt wird. Unsere Schlachtwiehmärkte werden nicht deshalb mit Vieh beschickt, weil der Landwirt mit seinem Vieh wachern will, sondern der Grund für die Zufuhr liegt im Preis des Handels zu dem Aufsetzen und zum Verdienen. Diese Triebfeder bleibe viel Vieh in den Ställen der Bauern und der Viehstand könne endlich einmal austreten und nicht zahlenmäßig, sondern auch qualitativ wieder auf die wünschenswerte Höhe gebracht werden. In den Riefenzugewinnen der Viehhändler bei schnellstem und oft wiederholtem Umsatz bei Betriebkapital liegt mit einer der hauptsächlichsten Ursachen für die Preissteigerungen. Die Sucht, alle Schuld dem Erzeuger zuzuschreiben, entspricht nur dem Bedürfnis parteipolitlicher Agitation.

Baben.

Wargheim, 9. Juli. In der Schmiedwarenindustrie haben in den letzten Tagen wieder Lohnverhandlungen stattgefunden und zwar für den Monat Juli. Die Arbeiter haben für Juli eine Forderung von 100 Prozent Erhöhung der bisherigen Löhne eingereicht. Die Arbeitgeber lehnten ein Verbot ab, weil die Forderungen zu hoch seien. Daher wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Am Samstag fanden im diesem Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber hatten keine Fortschritt gemacht. Es wurde deshalb nach kurzer Verhandlung ein Schiedspruch gefällt, der für die erste Julimonate eine Lohnerhöhung von 58 Prozent und für die zweite Julimonate keine Erhöhung vor sieht. Die Rechtsüberprüfung und weitere Zulagen werden um 100 Prozent erhöht. Für die seit 1. Juli ausgegebenen und die in Kündigung stehenden wurden dieselben Sätze bestimmt. Innerhalb drei Tagen müssen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs entscheiden. Bei den Arbeitern findet heute Montag eine Vertrauensleuteversammlung statt, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen.

Vom Schwarzwald, 9. Juli. Nachdem die Vierzehntage solange über schlechtes Wetter und geringen Ertrag zu klagen hatten, können sie seit einigen Tagen die erfreuliche Beobachtung machen, daß die Wiesen fleißig Waldhonig eintragen.

Vermischtes

Fliegerlandung mitten in Berlin. Am Sonntag früh landete in der Hauptstraße Berlins, Unter den Linden, am Fuß der Staatsoper, ein Flugzeug, und zwar so geschickt, daß es weder die Räume, noch die Anlagen beschädigte. Das Flugzeug wurde beschlagnahmt und vorläufig auf der Kommandatur der Schutzpolizei untergestellt. Es soll untersucht werden, ob, wie der Führer angibt, ein Motordefekt vorliegt, oder die Notlandung im Auftrag einer Filmgesellschaft vorgenommen wurde. Im letzteren Falle dürfte es wohl einige Straßengänger geben.

Im Prozeß gegen den Wettjongergründer Karl Köhler wurde gestern nach mehrwöchentlichen Verhandlungen das Urteil gesprochen. Der Angeklagte Köhler wurde wegen fortgesetzten Betrugs im Rückfalle, wegen Gläubigerspiels und Kontowahngens unter Jubelung milderer Umstände zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 100000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Deutsches Turnfest in München.

Bei herrlichem Sommerwetter wurde am Samstag in München das 13. Deutsche Turnfest mit Vorbildungen der 4 heren Lehranstalten Münchens auf dem Festplatz eingeleitet. In diesen Vorbildungen beteiligten sich über 10000 Schüler in der ersten bis zur höchsten Klasse der Münchener Mittelschulen. Die erste Klasse übte gesondert. Sie führte reizende Nachmittagsübungen vor, die durch die Lebhaftigkeit und Emsigkeit in Bewegungen das Auge fesselten. Fast der ganze Nachmittag wurde dann für die Freiübungen der Klassen 2 bis 9 gebracht. Die Freiübungen wurden mit einer anerkanntenswerten Arbeit durchgeführt. Der gleichmäßige Rhythmus der Übungsgestaltung gestaltete sich äußerst wirkungsvoll. An die Freiübungen schlossen sich Übungen an den Turngeräten, Barren, Pferd und Red, wo die Schüler wieder Gelegenheit hatten, ihre guten Leistungen zu zeigen. Den Schluß bildete ein Vorbeimarsch der gesamten Teilnehmer vor der Tribüne der Ehrenhalle, der eine halbe Stunde dauerte und von den Schülern in vollkommener gelungener Weise durchgeführt wurde.

Am Abend gab es in der vollständig gefüllten Festhalle eine Ausstellungspart bei der Eröffnungsfest ein äußerst reichhaltiges Programm. Der Begrüßungsansprache des zweiten Turnmeisters von München, Dr. Künner, schlossen sich Vorträge des Lehrvereinsvereins München, Orchesterstück der Kapelle des 19. Reichswehrregiments, glanzvolle turnerische Vorbildungen des Männerturnvereins München am Barren, der Turnerinnen des Turnvereins 1860 München am Red in einer nicht zu überbietenden Weise und Übungen am Sprungreit vom RTB. Am Den Höhepunkt des Abends bildete das eigen für das Turnfest von Bernhard Krüger verfasste Festspiel, das in sinnvoller und äußerst poetischer Weise der gegenwärtigen Zeitlage Rechnung trägt und das deutsche Volk an Hand von farbenprächtigen lebenden Bildern aus den verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte, aus den Tagen des Glücks und des Leidens mahnt, den Dienst am Vaterland nicht zu vergessen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufzugeben, denn wie es im Spiel am Schluß heißt:

„Die Hoffnung führt uns zu der Freiheit Licht Und alles würdlose Jammer, Klagen Verflucht in ruhevoller Inversität.“

Das Festspiel wird jeder Teilnehmer des Turnfestes tief ergreifen und ihm wertvolle innere Anregungen und Befestigungen mit auf die Heimfahrt geben.

Am Sonntag vormittag führte die Jugend des Turnvereins München Wettkämpfe durch. Am Nachmittag folgten Schlußveranstaltungen des Turnvereins München, und zwar Turner Turnerinnen, auf dem Festplatz. Von beiden Abteilungen wurden neuartige, äußerst schwierige Freiübungen nach dem Vorbild des RTB geboten. Einen Wied in das übliche Turnspiel innerhalb der Vereine gewöhnten Riegelturmen und Stiele der männlichen und weiblichen Jugend. Mit Sonderüberzeugung warteten die Aufsteiger der Vereine: Turnerschaft am Langen Pferd, Turn- und Sportverein Jahn am seitwärts gehaltenen Pferd, Turn- und Sportverein München 1860 am Sprungreit und RTB, 1871 am Red auf. Ein glänzendes Bild boten Reueübungen der Frauen. Zum Schluß der Vorbildungen unternahm der Turn- und Sportverein 1860 einen Kolportier-

sch in der
Bel zum G
brachte. S
wollen Auf

Stuttg
Stimmung
und die Pr
Einfuhr von
bederlichen
Beise sind
rodene Br
Beisen
grße 80
Weizenh
bis 1600
Weizenh
bis 120 (8
Stuttg
hof abgeba
der Art, i
des Markte
wohl die D
Gewerte im
angeführten
hatten aus
Hefde 40
für leichte
markt. Wo
gut beschid
in jungen
89 kleine
Preise zwil
100000 M

Stuttg
sammlung
am nächster
seum der N
und innerp
Stuttg
deutscher
riches Stutt
variden S
Kern
erschienende
Rienberger
der „Bour
Es sind de
in Nürnberg
Rann
umfangreiche
erfahren w
nagereberd
deutscher
angehöriger
Vrem
amts durch
von der P
jahrgang
Rann
vorgekomm
nam Dr.
tag, der S
Rann
Woche anlä
Demonstrat
den Ort die
Rann
Besatzungs
Die Befang
während die
gefängnis g
noch unter
ebenso die
von einer
Komple
wachte, die
Ränge von
Waldenme
Rinn,
teilt mit, do
zehn Tagen
diesem Zeit
trieb der S
Puffel



sch in der dreimal 1000-Meter-Staffel, der mit 7 Min. 53.7 Sek. zum Erfolg führte und eine neue deutsche Höchstleistung machte. So nahm das Deutsche Turnfest einen verheißungsvollen Anfang.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 9. Juli. (Landesproduktionsbörse.) Die Stimmung an den deutschen Getreidemärkten ist sehr fest und die Preise sind abermals in die Höhe gegangen. Die Einfuhr von ausländischem Getreide und Mehl in größerem Umfang würde sich rentieren, wenn die Beschaffung der erforderlichen Devisen nicht so stark erschwert wäre. Die Preise sind nominell. Es notierten 100 Kg. für gesunde, trockene Ware ab württ. Stationen in Tausenden von Mark: Weizen 1000—1200 (am 2. Juli 700—800), Sommergerste 800—900 (550—650), Hafer 680—800 (500—600), Weizenmehl Nr. 1500—1800 (1100—1400), Brotmehl 1300 bis 1600 (1000—1300), Kleie 400—500 (250—300), Weizen (neuer Ernte) 80—100 (70—80), Kleebrei 100 bis 120 (80—90), drahtgepresstes Stroh 80—100 (85—95).

Stuttgart, 9. Juli. Der heute im Vieh- und Schlachthof abgehaltene Monatspferdemarkt war mit 223 Pferden aller Art, insbesondere Arbeitspferden besetzt. Der Verkauf des Marktes war sehr lebhaft. Große Kauflust zeigten sowohl die Händler, als die Landwirte, die trotz der derzeitigen Heurnte in großer Zahl vertreten waren. 75 Prozent der zugeführten Pferde wechselten ihren Besitzer. Manche Händler hatten ausverkauft. An Preisen wurden notiert: Für schwere Pferde 40—60 Millionen, für mittlere 25—35 Millionen, für leichte 10—20 Millionen Mark. Nächster Monatspferdemarkt: Montag, den 13. August. — Der Hundemarkt war gut besetzt und bot günstige Kaufgelegenheit, insbesondere in jungen Aufzuchtshunden. Zugeführt waren 158 große und 69 kleine Hunde. Bei lebhaftem Verkehr bewegten sich die Preise zwischen 80 und 500 000 für große und 70 und 100 000 Mark für kleine Hunde.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 9. Juli. In einer Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs wird am nächsten Samstag nachmittags 1/3 Uhr im oberen Museum der Reichstagsabgeordnete von Kardorff über die außen- und innenpolitische Lage sprechen.

Stuttgart, 9. Juli. Die heutige Nummer der Süd- deutschen Arbeiterzeitung wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart-Stadt wegen eines Artikels „Für den proletarischen Selbstschutz“ beschlagnahmt.

München, 9. Juli. Wegen des Verbots der hier erscheinenden „Frankfurter Tagespost“ ist das Personal der Münchner Zeitungen mit Ausnahme des Zentrumsblattes, der „Bayrischen Volkszeitung“, in einen Proteststreik getreten. Es sind deshalb außer der „Bayerischen Volksztg.“ heute in München keine Zeitungen erschienen.

Mannheim, 9. Juli. Zu der Meldung über Bergelungsmaßnahmen für die Festnahme eines gewissen Schuldes erfahren wir noch, daß Schuldes wegen Betrugs und Spionageverdachts in Haft genommen worden ist. Schuldes war deutscher Reichsbahnarbeiter und ist zweifellos deutscher Staatsangehöriger (nicht Franzose).

Birmensdorf, 9. Juli. Die Befestigung des hiesigen Postamts durch die Franzosen bis zum 14. Juli ist erfolgt, weil von der Post gewisse Fernsprecheverbindungen für die Befestigungsarbeiten angeblich nicht herbeigeführt worden waren.

Mainz, 9. Juli. Aus Anlaß eines angeblich in Mainz vergetonnenen Sabotageaktes wurden ausgewiesen: Amtmann Dr. Falz, der sozialdemokratische Parteisekretär Freitag, der Seifenfabrikant Kupferberg und Justizrat Levy.

Mainz, 9. Juli. Infolge einer in der vergangenen Woche anlässlich von Eisenbahnerausweisungen veranstalteten Demonstration in Weisens ist jetzt von den Franzosen über dem Ort die Verkehrsperre verhängt worden.

Mainz, 9. Juli. Seit gestern wird auf Befehl der Besatzungsbehörden das Gefängnis am Schloßmarkt geräumt. Die Gefangenen werden in Lastautos nach Buxbach gefahren, während die politischen Gefangenen nach dem alten Gefängnis gebracht werden sollen, alle diejenigen aber, die noch unter 6 Monaten Haft haben, entlassen werden sollen, ebenso die Untersuchungsgefangenen. Das Gefängnis war von einer riesigen Menschenmenge umlagert, so daß der ganze Komplex von marokkanischen Schützen abgesperrt werden mußte, die des Festen mit größter Brutalität gegen die Menge vorgingen. Vor dem Gefängnistore stehen zwei Wachposten.

Köln, 10. Juli. Die Interalliierte Rheinlandkommission teilt mit, daß die Verkehrsperre mit dem Ablauf von vierzehn Tagen Dauer ihr Ende erreichen werde, sodas von diesem Zeitpunkt ab die Bahnbestimmungen wie vor dem Eintritt der Sperre gelten.

Düsseldorf, 9. Juli. Der bisherige Stellvertreter des

Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Dr. Terzold, der am Sonnabend von den Franzosen festgenommen wurde, ist ausgewiesen worden. Der jetzige stellvertretende Regierungspräsident ist Oberforstmeister Freiherr von Amelungen.

Berlin, 9. Juli. Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat für Mittwoch, den 11. Juli eine Sitzung des Büros nach Brüssel einberufen. Dem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, und dem Vertreter der russischen sozialdemokratischen Partei, Abramowitsch ist laut „Vorwärts“ die Einreiseerlaubnis durch die belgische Gesandtschaft in Berlin, die von einer Rücksprache mit der belgischen Regierung abhängig gemacht wurde, bisher nicht erteilt worden, sodas die beiden Vertreter nicht rechtzeitig in Brüssel erscheinen können.

Berlin, 9. Juli. In seiner gestrigen Tagung beschäftigte sich der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei mit der Reichspolitik. Der Parteivorstand Dr. Stresemann erstattete ein Referat, das hauptsächlich den Fragen der Innenpolitik gewidmet war und das ein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft enthielt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der Dr. Stresemann, sowie der Reichstagsaktion und der preussischen Landtagsaktion, ferner den preussischen Ministern das volle Vertrauen ausgesprochen wird. Weiter wurde eine Entschließung der Frauen der Deutschen Volkspartei angenommen, in der das Internationale Rote Kreuz aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß dem deutschen Roten Kreuz gestattet wird, im Ruhrgebiet tätig zu sein.

Berlin, 9. Juli. Im Ausschuss für die Marktschließungsaktion wurde festgestellt, daß die einzelnen Ressorts der Reichsregierung bei den Devisenläufen der Reichsbahn in unzulänglicher Weise zusammengearbeitet haben. — Der Reichsausschuss für Landwirtschaft hat in seiner letzten Sitzung am Samstag zum Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden, des Edlen v. Braun, den früheren Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherrn von Wangenheim, gewählt. — Der Dollarkurs betrug am Montag in Frankfurt und Berlin 179 550.— G., 180 450.— B.

Amsterdam, 10. Juli. Gestern Abend stürzte der deutsche Rennfahrer Romanow beim Radrennen und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Er war sofort tot.

Paris, 9. Juli. Havas berichtet aus Düsseldorf: Zwischen Neustadt und Speyer in der Pfalz ist auf dem Eisenwege ein Haufen Fingerringe gefunden worden. Es wurden die üblichen Sanktionen angeordnet.

Paris, 9. Juli. Der stärkere Direktor des „Clair“, Jubel, der wegen Hochverrats angeklagt war, ist freigesprochen worden.

Paris, 9. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ verlautet aus Genf gerüchelt, daß das Haus Kudejeller in den Ver. Staaten die Bewegung finanziert, die auf den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof und später zum Völkerbund abzielt. Die Petroleumkönige sollen Millionen für Bank- und andere Gründungen hergeben und in Propagandabüros gestiftet haben, die angeblich alle ihre Bemühungen darauf richten, in der öffentlichen Meinung der Ver. Staaten einen Umsturz zugunsten der Beteiligung an der europäischen Politik herbeizuführen.

Wien, 9. Juli. Der Oberste Kirchenrat hat anlässlich des letzten Auftritts Lichons ein scharfes Protestschreiben erlassen, in dem alle Sünden Lichons gegen Kirche und Volk angezählt werden. Die Gläubigen werden aufgefordert, Lichon kein Gehör zu schenken, denn seine Reue sei nach der Meinung des Obersten Kirchenrats nur durch die Angst vor Strafe hervorgerufen.

Newyork, 7. Juli. In Schreiebere hat zwischen zwei Schwägerinnen ein Pistolenduell stattgefunden wegen Meinungsverschiedenheiten über die Verwertung eines von den beiden erworbenen Petroleumfeldes, das sich als unproduktiv erwiesen hatte. Die eine der Duellantinnen war sofort tot.

Vom Landtag.

Stuttgart, 9. Juli. Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die Aufstellung des Oberamtsbezirks Cannstatt festgesetzt, der dem Präsidium des Landtags mit Schreiben des Staatsministeriums vom 4. Juli zugegangen ist. Nach dem Entwurf sollen der Oberamtsbezirk und der Amtsförderpersichtsverband Cannstatt auf den 1. Oktober 1923 aufgelöst und auf diesen Zeitpunkt die Gemeinden Kottbus, Schanbach und Uhlbach dem Oberamtsbezirk und Amtsförderpersichtsverband Eßlingen, die Gemeinden Hofen, Mühlhausen, Münter, Rohreder, Eilenbach und Jagental dem Oberamtsbezirk und Amtsförderpersichtsverband Stuttgart-Stadt, die Gemeinden Hellsbach, Döffingen, Kammelshausen, Schindlen und Stetten dem Oberamtsbezirk und Amtsförderpersichtsverband Waiblingen einverleibt werden. Die Gerichtsbezirke, die für die Gemeinden des bisherigen Oberamtsbezirks Cannstatt künftig zuständig sind, sollen durch Verordnung des Staatsministeriums bestimmt werden.

Das Urteil im Prozeß Fuchs-Nachhaus.

München, 9. Juli. Das Volksgericht in München hat unter einstimmiger Verurteilung beziehungsweise Verurteilung der Schuldfrage heute vormittag folgendes Urteil verkündet. Professor Fuchs wird wegen eines Verbrechens, eines hochverräterischen Unternehmens, zu zwölf Jahren Zuchthaus, abzüglich vier Monate Untersuchungshaft, sowie zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, im Falle der Unbeibringlichkeit unzuwenden in weitere zwanzig Tage Zuchthaus, Aberkennung der bür-

gerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre. Kaufmann Johann Maut wird verurteilt wegen eines Verbrechens der Beihilfe zu einem Jahre drei Monate Zuchthaus, abzüglich sechs Wochen Untersuchungshaft, dreißig Millionen Mark Geldstrafe, im Falle der Unbeibringlichkeit zu weiteren sechzig Tagen Haft, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, Ausweisung aus dem Reichsgebiet. Maut und Fuchs haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Johann Berger, Richard und Rudolf Gutermaun wurden freigesprochen. Die Begründung des Urteils umfaßt 107 Schreibmaschinenseiten.

Stillelegung der Stahlwerke Hösch.

Dortmund, 9. Juli. Die die „Tremonia“ meldet, wurden die Stahlwerke Hösch gestern vormittag gegen 8 Uhr von den Franzosen mit großem militärischem Aufgebot besetzt. Einige leitende Beamte wurden verhaftet, sind aber wieder freigelassen worden. Durch die Besetzung ist nunmehr auch die Kohlenzufuhr von der Zeche „Kaiserstuhlhof“ unterbrochen. Infolgedessen werden die Eisen- und Stahlwerke Hösch in absehbarer Zeit zum Stilllegen kommen.

Belgischer Terror in Duisburg.

Duisburg, 9. Juli. Die Schutzpolizei wird sich gezwungen sehen, ihren Dienst einzustellen, weil die belgische Besatzungsbehörde den Dienstbefehl, monach auf alle Straßensperren nach 8 Uhr abends geschlossen werden kann, nicht zurücknimmt. Erleichterungen für den Nachtverkehr sind bisher nicht zugestanden worden. Kerze, Leuchtmittel und Gasflammen erhalten keine Erlaubnisscheine. Im übrigen ist es für diese Passanten auch mit einem Erlaubnisschein sehr gefährlich, bei der Nacht den Dienst zu versehen, da ja auf alle Passanten geschlossen werden kann. Der Befehl, monach die Benutzung von Fahrrädern in Duisburg verboten wird, sollte erst am 4. Juli, abends 8 Uhr, in Kraft treten, jedoch wurden schon 24 Stunden vorher die Fahrräder der Passanten beschlagnahmt. Danderte es sich um alle Fahrräder, so wurden die vor den Augen der Eigentümer zerstört, während neue Räder einzeln mitgenommen wurden.

Die Drohung mit der Geiselnahme wahrgemacht!

Berlin, 9. Juli. Die „A. B.“ erzählt aus Buer: Die hiesige belgische Besatzungsbehörde hat die vor einigen Tagen ausgesprochene unerhörte Drohung wahrgemacht und legt anordnet, daß in jedem Verlonzung, der die Strecke der französischen Regie von Buer nach Oberhausen fährt, 50 Deutsche als Geiseln mitfahren müssen. Die ersten 50 Geiseln sind am gestrigen Sonntag mit dem Franzosenzuge mitgeführt worden. Es waren meist den besten Kreisen der Bürgerschaft angehörende Personen. Für jeden Tag sind 50 neue Geiseln bestimmt, die nach der Reihe mit den Zügen fahren müssen.

Französisch-belgische Fellen für deutsche Arbeiter.

Düsseldorf, 9. Juli. Angeblich im Auftrag Dorrens werden in unbesetzten Gebieten deutsche Arbeiter, insbesondere Schlosser und Deiser der Eisen- und Maschinenindustrie, für das belgische Gebiet, in Wirklichkeit für den Betrieb der belgisch-französischen Eisenbahnverwaltung angeworben unter Arbeitsbedingungen, die für deutsche Arbeiter vollkommen unmöglich sind. Sie werden unter falschen Vorspiegelungen ins belgische Gebiet gelockt und zur Arbeit gezwungen. Die deutschen Arbeiter können nicht dringend genug gewarnt werden, das belgische Gebiet zur Aufnahme von Arbeit anzufahren.

Der Erzbischof von Köln gegen die Sabotageakte.

Köln, 7. Juli. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schütte, richtete an die Erzbischöfe ein Schreiben, in dem er auf den Brief des Papstes Bezug nimmt. Darin heißt es u. a.: „Es ist fraglos, daß die Entwicklung der Dinge, unter denen unsere Bevölkerung an Hunger und Kluft so namenlos zu leiden hat, einem entscheidenden Wendepunkt nahegekommen ist. Deber drängt es mich, die unerschütterliche Bebarlichkeit Papes Willens, der, fern von Haß und Leidenschaft, unverwechelte Mädekte weit von sich weist und unter Wahrung von Miltet und Ehre nur nach Frieden und Veröhnung strebt, nochmals aufzurufen und Euch inständig zu bitten, die Bemühungen des Papes, die Anstrengungen unserer Regierung und überbaut aller, die irgendwie ehrlich für den Weltfrieden arbeiten, in diesen so schweren Tagen und Wochen mit Eurem unblässigen Gebet zu begleiten.“

Lebensmittelunruhen bei Potsdam.

In Rommes bei Potsdam ist es Montag vormittag zu Lebensmittelunruhen gekommen. Auf dem Wochenmarkt führte die erregte Stimmung der Bevölkerung über die hohen Preise zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Publikum und Händler. Als die Verkäufer sich weigerten, die Waren billiger zu verkaufen, nahm die Menge eine drohende Haltung ein und zwang eine Anzahl Markthandelsinhaber, die Waren zum halben Preis abzugeben. Verschiedene Stände wurden umgeworfen, und die Waren wurden von den Käufern eigenmächtig zu erheblich niedrigeren Preisen verkauft. Einige Verkäufer wurden von der Menge mißhandelt. Die wenigen auf dem Markt anwesenden Polizeibeamten waren machtlos. Erst als 200 Polizisten aus Potsdam zur Verstärkung eintrafen, gelang es, dem Kramall ein Ende zu machen.

Ausdehnung der Streifbewegung in Berlin.

Berlin, 9. Juli. Die wilde Streifbewegung hat sich leider am heutigen Montag ausgedehnt. Obgleich die Streifleitung mit Rücksicht auf die für den Nachmittag angeordneten neuen Einigungsverhandlungen keine Erweiterung des Streiks verfügt hatte, sind die Belegschaften in verschiedenen Betrieben der elektrischen Industrie in den Streik getreten. Die Kommunisten bemühen sich derweilen, Del ins Feuer zu gießen. Eine Versammlung kommunistischer Betriebsräte am gestrigen Sonntag beschloß für die erste Julimoche einen Mindestlohn von 2 000 und für die zweite einen von 3 000 Mark zu fordern. Wenn diese Forderungen nicht bis zum 14. Juli bemittelt wä-

SUNLIGHT
SEIFE
ist die wie sie Seife sein soll

ren, solle die gesamte Arbeiterchaft von Groß-Berlin in den Streik eintreten. Auch die Hoffnung, daß die Kaufleute der Banarbeiter und der Himmelerleute heute ihr Ende finden würden, hat sich leider nicht erfüllt.

Berlin, 10. Juli. Am Reichsarbeitsministerium wurde gestern unter persönlicher Leitung des Reichsarbeitsministers über die Beilegung des Streiks in der Berliner Metallindustrie verhandelt. In später Abendstunde ist es gelungen, eine Vereinbarung zustande zu bringen, die eine schnelle Beilegung des Arbeitskampfes erwarten läßt. Die Parteien geben ihre endgültige Stellungnahme bis Dienstag abend bekannt.

Unterzeichnung des Orientfriedens Mitte Juli.

Lausanne, 9. Juli. Die Komitees der Konferenz werden voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten und die wahrscheinlich die dahin von den Sachverständigen ausgearbeiteten Vertragsentwürfe über die Kommissionsarbeiten grundsätzlich genehmigen. Das Sekretariat wird inzwischen die russische Regierung auffordern, einen Vertreter zur Unterzeichnung des Meerengenvertrages zu entsenden. Der Vertrag wird gegenwärtig in Paris gedruckt. Die Unterzeichnung soll am 17. und 18. Juli in Lausanne unter dem Vorsitz des Schweizerischen Bundespräsidenten stattfinden. Es heißt, daß Lord Curzon und Teroni an dem Unterzeichnungsausschuss teilnehmen werden. Von französischer Seite werde voraussichtlich außer General Bellet, Bonbard erscheinen. In den Kreisen der türkischen Delegierten herrscht Genugtuung über die gestern erzielten Erfolge der türkischen Diplomatie.

Schritt des päpstlichen Nuntius bei der belgischen Regierung.

Brüssel, 10. Juli. Wie die Agence Belge von besonderer Seite erfährt, erfolgte gestern der vom „Esploratore Romano“ vorgesterten angeländete Schritt des päpstlichen Nuntius bei der belgischen Regierung. Der heilige Vater hat durch seinen Vertreter in Brüssel der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß er sehr wohl verstehe, daß die belgischen Behörden alle für die Sicherheit der Truppen notwendigen Maßnahmen ergreifen, er habe jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß es der belgischen Regierung nicht unmöglich sein werde, einen Beweis der Milde gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu geben.

Der französische Räuber.

Paris, 9. Juli. Nach einer Denunziation aus Koblenz sind am 8. Juli im Rathhaus von Bendorf 33 Millionen Mark beschlagnahmt worden, die aus der Rhein- und Ruhrhilfe stammen und für Zuwendungen an Arbeitslose bestimmt gewesen sein sollen. — Nach einer Denunziation aus Düsseldorf ist in der Nacht vom 6. zum 7. Juli in Maximilianbau bei Ludwigshafen ein Transport von 7 Milliarden Mark beschlagnahmt worden, der angeblich zur Bezahlung von Streikunterstützungen für die Eisenbahner bestimmt war.

Da den Belgiern bei der Besetzung der Reichsbanknotenstelle in Gladbeck 1 1/2 Milliarden in die Hände fielen, konnten die Städte Buer, Gladbeck usw. die zum 1. Juli fälligen Vierteljahresgehälter für die Beamten nicht ausbezahlen.

Neue französische Drohungen.

Paris, 9. Juli. Nach der „Chicago Tribune“ wird unter den Sanctionen im Zusammenhang mit dem französisch-belgischen Schritt bei den Saboteuren für den Fall einer deutschen Weigerung die Besetzung von Frankfurt am Main und anderer größerer Städte in der Nähe des besetzten Gebietes erwogen.

Schrittweises Vorgehen Curzons in der Ruhrfrage.

London, 7. Juli. Poincares Wunsch, die Vorbesprechungen der Entente-Regierungen geheim zu halten, ging nicht ganz in Erfüllung. Die Kritik hat ohne Rücksicht eingelegt, nachdem bekannt geworden, daß der französische Vorschlag St. Valaire nicht, wie es anfangs hieß, gemeinschaftlich mit dem belgischen Vorschlag, Baron Moncheur, bei Lord Curzon vorbrachte, sondern nach dem Vertreter Belgiens, St. Valaires Mitteilungen geformt wurde durch unbestimmte Hinweise auf die „letzen Absichten der französischen Regierung“ aus, ohne klar die Punkte des englischen Fragebogens zu beantworten. Curzons Antworten

spitzten zwar die Konversation zu, aber der französische Vorschlag vermochte — in Ermangelung präziser Instruktionen — das Gespräch nicht über den Rahmen allgemeiner, den Standpunkt Poincares umschreibender Redensarten hinaus zu entwickeln. Es ist sehr abzuwarten, ob sich Poincare, der seine Stellung durch das letzte Senatsvotum stark gesichert fühlt, auf eine deutliche Aussprache mit Curzon einlassen wird, oder ob er die Forderung des bloc national: Deutschland soll in seinem Saße weitergehen, nachzugeben gedankt. Die Pariser Berichterstatter der Londoner Blätter sind eher der Meinung, daß der französische Ministerpräsident den diplomatischen Ansturm abzuwehren lassen will, um dann — nach Befriedigung der unruhig gewordenen „Alliierten“ — das Kapitulationsdiktum Deutschland zur Preisgabe des passiven Widerstands und Einleitung von Verhandlungen auf Grund eines franko-belgischen Planes aufzufordern. „Poincare wartet auf seine Stunde“, schreibt man dem „Daily Telegraph“ aus Paris. „Er betrachtet die momentanen Vorgänge, die nervösen Ausfälle der politischen Kreise Englands als ein Vorbild zur französischen Initiative, die schließlich den Ausschlag geben wird. Poincare glaubt nicht, daß England zu einer Sanktion vorgehen werde, weil sich daraus der Bruch des Versailler Vertrages ergeben müßte. Frankreich läßt sich nicht in den Besitz des Ruhrbeckens auf unbestimmte Zeit; Belgien bliebe mit den Franzosen am Rhein; Italien würde sich auf andere Weise befriedigen. Für Deutschland wäre diese Situation noch viel schlechter als ein Abkommen mit allen Alliierten.“

Lauten die Pariser Meldungen vorwiegend pessimistisch, so kennzeichnen sich die Brüsseler Stimmungsberichte durch Besonnenheit des belgischen Verhandlungswillens. Der Schritt des belgischen Vorschlagers, Moncheur, wird als Kennzeichen dafür angesehen, welche Richtlinie Therruis eingeschlagen hat. Während Poincare über die Frage, was unter passivem Widerstand zu verstehen sei, seinen Ausschluß erteilt, sondern bloß auf den „Vorfall“ hinweisen ließ, der sich nach Einstellung des Widerstands, für die deutschen Finanzen ergeben würde, überreichte Baron Moncheur dem britischen Leiter des Ausschusses eine Note, in der Punkt für Punkt die Berliner Regierungsentscheidungen und die von Berlin unabhängigen Abwehr-Handlungen der Ruhrbevölkerung behandelt werden. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, eines amtlich inspirierten Organs, schreibt: „Die belgische Note bekräftigt in der Hoffnung auf eine nutzbringende Fortsetzung der Besprechungen mit Belgien, Baron Moncheur näherte sich dem englischen Standpunkte, der bekanntlich die Frage des passiven Widerstandes dem Reparationsproblem unterordnet, während Paris denselben der Regelung aller schwebenden Fragen überordnet.“ Man glaubt hier, daß Curzon durch Annäherung an Belgien ein wichtiges Tempo gewonnen hat.

Kritische Zeit für die Entente.

London, 9. Juli. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ bezeichnet diese Woche als eine kritische Zeit für die Entente. Wenn ein letzter Versuch zu einer Einigung erfolglos bleibe, werde Baldwin vermutlich mitteilen, welche Wege die britische Regierung einzuschlagen gedenkt. Zunächst werde die britische Fragestellung veröffentlicht werden. Dann werde die Regierung vorschlagen, an Deutschland eine Antwort zu senden, worin der Vorschlag betreffend die Ernennung einer internationalen Sachverständigen-Kommission angenommen werde. Die Regierung sei bereit, sowohl für die Ernennung einer Kommission als auch für die Einberufung einer Konferenz einzutreten, auf der die Frage der interalliierten Schulden und des Wiederaufbaus Europas erörtert werden könnte. An eine Entente mit Deutschland, von der in einigen Kreisen die Rede gewesen, sei nicht zu denken. Ebenso wenig wünsch die Regierung Frankreich zu isolieren, da sie hoffe, daß sie nach weitherer Ermüdung doch noch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit sehen werde.

England entschließt sich zum Handeln.

London, 10. Juli. Gestern vormittag wurde unter dem

Vorsitz Baldwins eine fast stündige Kabinettsitzung abgehalten. Den Blättern zufolge wurden dabei die Mitteilungen Baldwins über die Besprechungen Baldwin, die er am Freitag mit den drei Vorschlagern der Verbündeten hatte, zur Kenntnis genommen. Man nimmt an, daß Baldwin im Unterhause und Lord Curzon im Oberhause gleichlautende Erklärungen über die Haltung Großbritanniens abgeben werden.

Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ zufolge wurde die französische Regierung benachrichtigt, daß die britische Regierung selbständig Schritte tun müsse, wenn Frankreich nicht unverzüglich auf den britischen Fragebogen antwortet. Die Gründe hierfür seien die verzwickelte Lage in Deutschland und die Notwendigkeit einer schlüssigen Aktion, sowie die Auffassung der britischen Regierung, daß die deutsche Note vom 1. Juni, die ein ehrliches Angebot darstelle, unverzüglich beantwortet und zur Grundlage von Verhandlungen gemacht werden müsse.

Ruhr- und Reparationsfragen im englischen Unterhause.

London, 10. Juli. (Unterhaus.) In der gestrigen Sitzung fragte Kennworthy den Premierminister, ob die Antwort der französischen Regierung auf die britische Note über die Besetzung des Ruhrgebietes eingegangen sei, wenn ja, welches der Inhalt sei. Premierminister Baldwin sagte, dem Hause würden sobald wie möglich Mitteilungen gemacht werden. — Der Arbeiterführer Macdonald fragte, ob der Premierminister in Aussicht stellen könne, daß im Laufe der Woche eine Erklärung abgegeben werde. Baldwin erwiderte, er hoffe, es werde am Donnerstag möglich sein, eine Erklärung abzugeben. — Kennworthy fragte, ob der Premierminister irgend eine Antwort von der französischen Regierung erhalten habe. Baldwin antwortete, er habe schon neulich erklärt, daß mündliche Besprechungen über die Lage stattfänden. — Oberleutnant Howard-Pard fragte den Premierminister, ob die Reparationsforderung Englands an Deutschland und seine Forderungen an die Alliierten die gleiche Summe ausmachten wie die britische Schuldensumme an die Vereinigten Staaten und ob der Premierminister die Zustimmung geben könne, daß Großbritannien über diese Summe hinaus keine weiteren Opfer bringen werde. Baldwin erwiderte, wie er schon am vorigen Mittwoch erklärt habe, sei das Anerbieten Englands vom Januar nicht angenommen worden. England habe also volle Freiheit in der Frage der schuldenlosen Staaten und ob der Premierminister die Zustimmung geben könne, daß Großbritannien über diese Summe hinaus keine weiteren Opfer bringen werde. Baldwin erwiderte, wie er schon am vorigen Mittwoch erklärt habe, sei das Anerbieten Englands vom Januar nicht angenommen worden. England habe also volle Freiheit in der Frage der schuldenlosen Staaten und ob der Premierminister die Zustimmung geben könne, daß Großbritannien über diese Summe hinaus keine weiteren Opfer bringen werde. Baldwin erwiderte, wie er schon am vorigen Mittwoch erklärt habe, sei das Anerbieten Englands vom Januar nicht angenommen worden. England habe also volle Freiheit in der Frage der schuldenlosen Staaten und ob der Premierminister die Zustimmung geben könne, daß Großbritannien über diese Summe hinaus keine weiteren Opfer bringen werde.

London, 10. Juli. (Unterhaus.) Kennworthy fragte, ob die Regierung Kenntnis davon habe, daß die Besetzung von Frankfurt und Kassel durch die Franzosen bevorstehe. Mac Kell bezeichnete die Frage. — Kennworthy fragte, ob es nicht Teilhaft sei, daß die Franzosen bereits die Vorstädte von Frankfurt besetzt hätten. Mac Kell antwortete, ihm sei nichts davon bekannt. — Bellair hat, dem Hause einen Plan vorzulegen, auf dem hervorgehe, welche Gebiete die Franzosen ursprünglich zu besetzen beabsichtigten und wie weit sie die Besetzung tatsächlich ausgedehnt hätten. (Beifall bei der Opposition.) — Es wolle verlangt eine Ueberprüfung über die deutschen Verpflichtungen und die tatsächlichen Leistungen Deutschlands. (Beifall bei den Ministerstellen.)

England vor der Entscheidung.

London, 9. Juli. Das Kabinett wird heute entscheiden, ob es Augenblick für die selbständige Formulierung der britischen Politik gekommen ist. Das Kabinett hat die Hoffnung auf die Möglichkeit einer Kollektivantwort aufgegeben. Das Unterhaus erwartet bestimmt noch in dieser Woche Baldwins Mitteilungen über die interalliierte Situation. Sollten Frankreich und Belgien den diplomatischen Bruch mit Berlin provozieren, so dürfte England Artikel 11 der Sakungen aufrufen. Das „Daily Chronicle“ vergleicht die Warnungen Neville Chamberlains, welcher den Dis-Cardis nachsteht, mit Lord Georges Agades Rede vom Juni 1911.

Fremdenverkehr.

Von einer besonderen Regelung des Fremdenverkehrs ist auch heuer abgesehen worden.

Dagegen besteht Veranlassung auf nachstehende Vorschriften aufmerksam zu machen:

Es ist verboten:

1. Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, sowie in Erfrischungsräumen zu verabfolgen;

2. Sahne in den Verkehr zu bringen außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Bescheinigung;

3. Beschlagene Sahne (Schlagjahne) oder Sahnenpulver herzustellen.

Gaststätten und die nicht versorgungsberechtigten Fremden haben daher ihren Milchbedarf grundsätzlich ausschließlich mit Dauermilch zu befriedigen, die jederzeit in ausreichender Menge beschafft werden kann. Gaststätten jeder Art und Fremde sind grundsätzlich vom Bezug von Frischmilch ausgeschlossen. Die Versorgung einzelner Fremden mit Krankmilch darf nur auf Grund eines amtlichen Bescheinigungsscheines erfolgen.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das Verbot von Kaufjahne vom 14. Oktober 1921 (RGBl. S. 1301) ist es auch verboten sahnähnliche Erzeugnisse, die aus Magermilch oder fettarmer Sahne oder aus eingedickter oder eingetrockneter Voll- oder Magermilch unter Zusatz von Butter oder Butterfetten gewonnen werden, herzustellen, zu verkaufen, feilzuhalten oder sonst in den Verkehr zu bringen.

Besonders wird darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 9. Mai 1923 (RGBl. I S. 292) die Vorschriften des § 2 der Reichsmilchverordnung auch für Vollmilch, Magermilch und Sahne von Ziegen und Schafen gelten.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß diese Vorschriften durchgeführt werden.

Neuenbürg, den 9. Juli 1923.

Oberamt:
Wagner.

Neuenbürg.

Schwarze

Johannisbeeren

kauft jedes Quantum

Schmidt & Großkopf.

Vergabung von Bauarbeiten.

Zur Erbauung eines Wohngebäudes an der Auerhahnstraße in Brühlgen sind die **Grab-, Betonier- und Maurerarbeiten**, sowie die **Zimmerarbeiten** nach dem Preislistenverfahren auf Grund der Bestimmungen über Vergabung von Arbeiten und Lieferungen (Reg.-Blatt 1912, Seite 37) zu vergeben. Die Vergabungsunterlagen liegen bei der Eisenbahnbauinspektion Calw während den Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Auszüge aus dem Kostenvoranschlag werden zum Selbstkostenpreis abgegeben. Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis zum 16. Juli 1923, vormittags 10 Uhr, hieher einzureichen, wo zu diesem Zeitpunkt die Eröffnung stattfindet, der die Bieter anwohnen können. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Calw, den 6. Juli 1923.

Eisenbahnbauinspektion.

Seegrass-Vergabung.

Die **Gemeinde Ittersbach** vergibt am **Samstag, den 14. Juli 1923** im Submissionenswege den **diesjährigen Ertrag an Seegrass** aus ihrem Gemeindegeld.

Angebote sind verschlossen bis spätestens 6 Uhr abends am Vergabungstage auf dem Rathaus in Ittersbach einzureichen.

Der Gemeinderat:

J. B.: Heinrich Kern.

Ratschreiber:
Julius Huber.

Schönbürg.

Züber und Kübelgeschirr

verkauft

Küfermeister Kalmbacher.

Oberhausen, den 10. Juli 1923.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders und Schwagers

Gottfried Dittus

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie seinen werthen Kollegen unseren innigsten Dank.

Frau **Wilhelmine Dittus** mit Kindern und Angehörigen.

Achtung!

Zu kaufen gesucht: ein **Kohlenbadofen**, mit oder ohne **Wanne**, sowie ein

Eiskasten,

ein oder 2 Türen, wenn auch reparaturbedürftig. Bitte Angebote mit Preis an die **Expalder-Beschäftsstelle**.

Stoizenberg-Fortuna

die deutsche **Schnell-Schreibmaschine**.

Vertreter:
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 126.

Ich nehme die

Beleidigung

des **Karl Bachtler** in **Pfinzweiler**, die ich am 1. Juli ds. Js. auf dem Sportplatz in **Arnsbach** ausgesprochen habe, hiemit

zurück.

Eugen Joergler, Renbach.

Ich suche ein tüchtiges und braves

Mädchen

nach **Frankfurt** per 1. August in einen kleinen Haushalt bei gutem Lohn.

Frau **Rubin**,
Vorstellen in **Billa Haus, Herrenalb.**

Wer verkaufen will, muß inserieren!